

Ostbevern 16.12.2007

## Resolutionsentwurf

### Hintergrund

Quelle: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) (<http://www.tagesschau.de/inland/tagespflege2.html>)

### **Steinbrücks Pläne zur Tagesmütter-Steuer**

Kinderbetreuung in Deutschland Im Mai präsentierte Finanzminister Peer Steinbrück seine Pläne zur künftigen Besteuerung von Tagesmüttern. Danach sollten die rund 30.000 von Kommunen beauftragten Tagesmütter ab 2008 ihr Einkommen künftig genau so versteuern wie ihre privat vermittelten Kollegen.

Das Finanzministerium argumentiert, dass die Steuerlast für die Betroffenen kaum ins Gewicht fällt, da auch die Betriebskostenpauschale auf 300 Euro angehoben werden soll.

Hauptproblem ist nach Ansicht von Experten jedoch, dass mit der Steuerpflicht auch Sozialversicherungsbeiträge fällig werden - zudem falle häufig die Familien-Mitversicherung weg.

### **Belastung von mehreren hundert Euro monatlich**

Nach Einschätzung des Bundesverbandes für Kindertagespflege kann dies Belastungen von mehreren hundert Euro monatlich bedeuten. Bei dem sowieso schon geringen Einkommen der Tagesmütter sei zu befürchten, dass viele ihr Angebot nicht länger aufrecht erhielten. Um das Betreuungsangebot für unter Dreijährige jedoch wie geplant auszubauen, müsse man sogar neue Tagesmütter gewinnen.

Wird die Kindertagespflege über das Jugendamt finanziert, erhält eine Tagesmutter nach einem Bericht des ARD-Morgenmagazins zwischen zwei und 3,50 Euro pro Stunde pro Kind. Einheitliche Betreuungssätze gibt es in Deutschland nicht. Sie variieren nicht nur in den Bundesländern, sondern oftmals auch in den einzelnen Kommunen. Bei privat zahlenden Eltern kann eine Tagesmutter den Angaben zufolge mit etwa 3,50 bis 5,50 Euro rechnen.

## **Resolution Für den Erhalt der Kinderbetreuung durch Tagesmütter**

Der Rat der Gemeinde Ostbevern spricht sich gegen die geplante Besteuerung von Tagesmüttern aus. Die hiermit einhergehende Sozialversicherungspflicht bedeutet faktisch eine deutliche finanzielle Mehrbelastung der Tagesmütter. Es ist zu erwarten, dass viele Tagesmütter die Betreuung einstellen werden.

Durch diesen Schritt sehen wir die bundesweiten Bemühungen in Städten, Kreisen und Gemeinden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine kostengünstige und ausbaufähige Kinderbetreuung zu fördern, ad absurdum geführt. Dieser Schritt widerspricht sämtlichen familienpolitischen Zielsetzungen der Regierungs- und Oppositionsparteien.

Die Gemeinde Ostbevern und der Kreis Warendorf haben in den vergangenen Jahren im Bereich der Kinderbetreuung viel investiert. Besonders die Aktivitäten im Bündnis für Familie sind für unsere Gemeinde von großer Bedeutung.

Der Rat spricht sich vor diesem Hintergrund dafür aus, dass das Finanzministerium seine Pläne überdenkt.

Uwe Stöcker